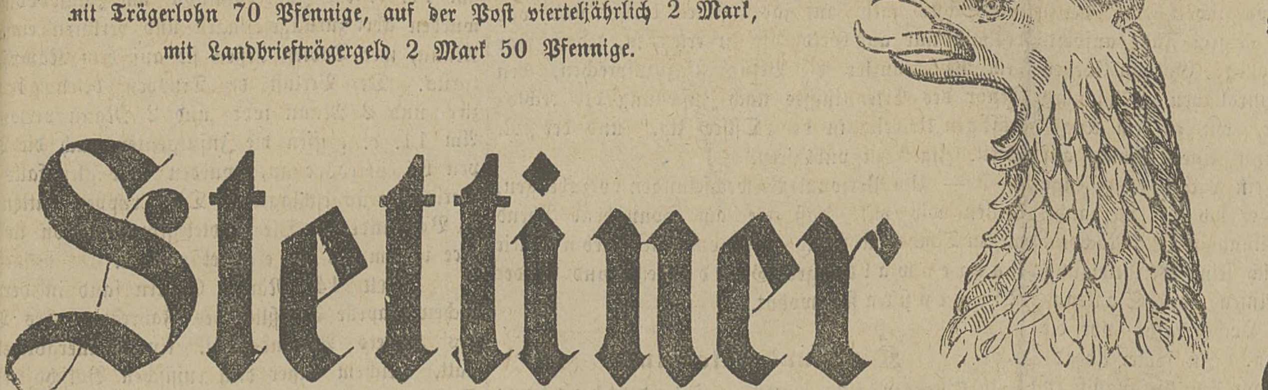
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 15. März 1882. Nr. 125.

Deutschland.

Berlin, 14. März. Das Eintreffen des Zaren in Petersburg hat einen guten Eindruck gemacht. Daß Alexander III. in seiner Hauptstadt mit Jubel empfangen worden sei, muß nach Petersburger Begriffen beurtheilt werden. Die schärfsten Sicherheitsmaßregeln waren getroffen und ein großer Andrang diesen gegenüber mag wohl nicht geherrscht haben. Wie dem „B. Tgbl." gemeldet wird, hat der Kaiser mit seiner Gemahlin in einer offenen Kalesche die Fahrt vom Bahnhof nach dem Katharinenkanal und der Festungskirche hin und zurück ohne Bedeckung unternommen, neben dem Kutscher saß nur der Leibkosak. Dem kaiserlichen Gefährt folgte in einem offenen viersitzigen Wagen der Zarewitsch mit seinen Geschwistern.

Das offiziöse „Journal de St. Petersbourg" läßt sich einer Meldung der „C. T. C." zufolge heute anläßlich des Jahrestages des Todes Alexanders II. und der Thronbesteigung Alexanders III. in einer längeren Betrachtung wie folgt vernehmen:

„Die Daten großer historischer Erinnerungen sind Stunden, wo man wenig geneigt ist, sich mit fremden Dingen zu beschäftigen, noch weniger aber denselben eine übertriebene Wichtigkeit beizulegen oder gar in dieselben sich einzumischen. Rußland denkt in dieser Stunde der Sammlung an die große Mission, welche die Vorsehung ihm unter der Aegide seiner erhabenen Souveräne zugetheilt hat, an die Mission des Fortschritts, der Zivilisation, der friedlichen Entwickelung, der Eintracht und des Zusammenwirkens so zahlreicher unter den Scepter des Monarchen gestellter Völker. Jedes Friedensjahr muß den Wohlstand vermehren und damit das Ansehen und die Achtung, welche ruhige und selbstbewußte Kraft verleihen. Darin liegt die wahre, eines großen Reiches würdige Größe, welche Rußlands Herrscher stets zu wahren wußten, und auch die einzige, welche es in unseren Tagen erstrebt."

Diese Auslassungen sind eine Variation des Artikels des „Golos" (dem Graf Ignatjew heute den Einzelverkauf wieder gestattet hat) gegen die Kriegshetzereien der Slawophilen: sie machen indessen allzusehr den Eindruck, als wären sie auf den Export gearbeitet.

Unter den verschiedenartigen Gerüchten, welche in den letzten Tagen aus Petersburg verbreitet wurden, wurde eins mit auffallender Beharrlichkeit wiederholt, nämlich die Verheißung einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrecher. Ein solcher Gnadenerlaß würde in der russischen Geschichte ohne Vorgang dastehen; aus äußeren und inneren Gründen ist von der Regierung des Zaren ein derartiger Schritt kaum zu erwarten. In den Kreisen der Nihilisten wittert man hinter diesen Amnestiegerüchten eine Falle und Henri Rochefort beeilt sich seine revolutionären Freunde vor einer „Russischen Bartholomäusnacht" zu warnen.

Der Laternenmann will, wie er im „Intransigeant" mittheilt, aus der Umgebung des Zaren selbst erfahren haben, daß bei einem jüngst in Gatschina abgehaltenen Ministerrathe über „die schnellen und unaufhaltsamen Fortschritte des Nihilismus" und über die Maßregeln diskutirt wurde, welche zur Bekämpfung der drohenden Revolution ergriffen werden müßten. Mehrere Minister sprachen zu Gunsten der Einführung eines liberalen Regimes, einer Verfassung, wobei sie den Erlaß einer allgemeinen Amnestie für absolut nothwendig erklärten. Nachdem seine Kollegen ihre Ansichten vorgetragen, nahm Graf Ignatjew zu folgender Ansprache das Wort: „Es gebe noch etwas Besseres als Verfassung und Amnestie; doch möge die Regierung die eine wie die andere verheißen; möge sie ihre Absicht in offiziöser Weise kund thun, daß sie die exilirten Revolutionäre heimkehren, und die, welche sich in Sibirien oder in den Gefängnissen befinden, in Freiheit setzen lassen werde; möge sie schließlich auf einige Wochen Toleranz üben. Die Nihilisten würden kühn gemacht; das unfaßbare Exekutivkomitee, das die dritte Abtheilung seit mehreren Jahren vergeblich sucht, würde sich enthüllen; viele Revolutionäre, welche sich verbergen, würden wieder an den Tag kommen, von denen, welche in der Fremde weilen, würde eine große Anzahl nach Rußland zurückkehren. Und nun, da sie ihre Feinde kennt, dieselben, welche ohne Mißtrauen sind, ohnmächtig in ihren Händen hat, läßt sie die Regierung des Zaren verschwinden und vernichtet mit demselben Schlage die Revolution." Diesem echt russischen Vorschlage des Grafen Ignatjew hat, wie Rochefort „de la façon la plus absolue" versichert, der Zar seine Zustimmung ertheilt.

Ernsthaft kann man diese „Enthüllungen" natürlich nicht nehmen; sie zeigen nur, wessen man sich in Flüchtlingskreisen zu dem Grafen Ignatjew versieht.

Das von der „N. Pr. Ztg." aufgenommene Gerücht, General Skobelew werde in Wilna internirt werden, entbehrt jeder Begründung. Die Unterredung, welche der Zar mit dem General hatte, soll ungemein farblos gewesen sein.

— Die Einberufung der österreichisch-ungarischen Delegationen erfolgt auf Verlangen der ungarischen Regierung, welche im Interesse ihrer finanziellen Operationen darauf bestand, so bald als möglich festzustellen, welche Summen für die Niederwerfung des Aufstandes noch in Anspruch genommen werden würden. Die Wiener Regierungskreise erhielten erst am Sonnabend Kenntniß davon, daß Herr von Tisza eine Frühjahrssession der Delegationen betreibe, und hieraus erklärt es sich wohl auch, daß dem am Sonnabend von den Offiziösen noch strikt aufgestellten Dementi bezüglich der Einberufung der Delegationen so schnell die ebenfalls offiziöse Bestätigung der erst in Abrede gestellten Nachricht folgte.

Wie heute Wiener Blättern aus Pest gemeldet wird, hat der gestrige gemeinsame Ministerrath unter dem Vorsitze des Kaisers die Einberufung der Delegationen nach Wien nach den Osterfeiertagen beschlossen. Die den Delegationen zu unterbreitende Vorlage würde nunmehr ausgearbeitet werden. Die „Budap. Korr.", ein der Regierung nahe stehendes Organ, versichert, die geforderte Summe würde 10, höchstens 12 Millionen Gulden nicht übersteigen. Davon sollen nicht bloß die ersten der entlang der Grenzlinie zu schaffenden befestigten Stellungen, sondern auch die eventuellen Mehrausgaben in den ersten drei Monaten bestritten werden.

Ueber die mit dem vollständigen Siege zum Abschluß gelangten Operationen in der Crivoscie enthalten die Wiener Blätter spaltenlange Berichte voll Einzelheiten, welche die brave Haltung der österreichischen Truppen im besten Lichte erscheinen lassen. Nachzutragen ist, daß das Fort Dragalj nicht erstürmt, sondern mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist. Das Fort war eine starke Befestigung, welche aus einem vierseitigen, gemauerten, dreistöckigen Gebäude bestand. Die oberste Etage war für Geschütze eingerichtet. Umgeben war das Fort mit Wall und Graben; es bildete sowohl eine Paßsperre gegen Montenegro wie auch eine Zwingburg für die unbotmäßige Bevölkerung der Dragaljer Ebene; indessen waren die Zugänge zu dem Fort so ungeschützt, daß die Crivoscianer sie aus den von allen Seiten die Ebene umgebenden Waldgebirgen aus mit Leichtigkeit sperren konnten. Dies scheint der Grund gewesen zu sein, aus welchem Baron Jovanovics die Zerstörung des Forts anordnete.

— Aus Washington, 11. März, wird gemeldet:

Das Kriegsgericht verurtheilte den Sergeanten Mason, welcher den Mörder Guiteau zu erschießen versuchte, zur schimpflichen Ausstoßung aus dem Heere und achtjähriger Einsperrung bei harter Arbeit in einer Strafanstalt. Der Sekretär des Krieges Lincoln bestätigte das Urtheil.

— In Sachen des deutschen Schulvereins ist eine Mittheilung beachtenswerth, welche die „Kronstädter Zeitung", das Organ der altsächsischen Partei, in ihrer neuesten Nummer macht. Das Blatt schreibt:

„Die Bemühungen des deutschen Schulvereins in Berlin werden nicht erfolglos bleiben, denn trotz der Haltung der ungarischen Presse und der jüngsten Vorgänge im Parlament will die ungarische Regierung in dieser Affaire es nicht zum Aeußersten kommen lassen; es ist im Gegentheil zu konstatiren, daß die ungarische Regierung zu Konzessionen geneigt ist und der Mittelschulgesetzentwurf, welcher die eigentliche Veranlassung der Agitation in Deutschland bildet, wird wahrscheinlich gar nicht im Plenum des ungarischen Abgeordnetenhauses zur Verhandlung gelangen. Trotzdem im Unterrichtsausschusse über diese Vorlage kontinuirliche Berathungen stattfinden, wird dieselbe, wie in Regierungskreisen verlautet, in dieser Session nicht auf die Tagesordnung gestellt, und wenn dies in der nächsten Session geschehen sollte, was übrigens von eingeweihten Persönlichkeiten entschieden bezweifelt wird, so werden vorher wesentliche Modifikationen vorgenommen werden, welche den berechtigten Forderungen der Deutschen in Ungarn Rechnung tragen."

— Gestern Nachmittag fand beim Reichskanzler ein kleineres Diner statt, zu dem auch der elsaßlothringische Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr, der als Regierungskommissar die Tabakmonopolfrage im Volkswirthschaftsrath vertritt, eingeladen war. Herr v. Mayr reiste gestern Abend nach Straßburg zurück, wohin sich der andere Kommissar, Regierungsrath Dr. Roller bereits gestern begeben. Beide Herren werden am nächsten Montag wieder in Berlin eintreffen, weil dann die Tabakmonopolvorlage zur Berathung ins Plenum des Volkswirthschaftsraths zurückgelangt.

— Wie aus Paderborn berichtet wird, war in Folge von Nachrichten aus Rom das Domkapitel zu einer Sitzung zusammengetreten, welche zur Wahl eines Bischofs anberaumt sein sollte. Wie verlautet, hat der Kapitelsvikar Drobe wegen seines hohen Alters entschieden abgelehnt, eine Wahl zum Bischof anzunehmen.

— Die Kommission für das Pensions- und Wittwen-Gesetz beendete gestern Abend bis auf die Feststellung der durch die Abgg. Franke und Dr Huyssen abzufassenden Berichte, ihre Arbeiten. Die Novelle zum Pensionsgesetze erhielt auf Grund eines Antrages der Abgg. Franke, Herr, Dr Huyssen, Krah, Müller (Frankfurt), Schmidt (Stettin), Klotz, von Fürth die Aenderung, wonach zum § 1 des Pensionsgesetzes die Bestimmung aufgenommen wurde, daß ein nichtrichterlicher Beamter nach Vollendung des 65. Lebensjahres nach seiner Anhörung mit Pension in den Ruhestand versetzt werden kann, ebenso als wenn er seine Pensionirung selbst beantragt hätte. Entsprechend wurde aber auch dem nichtrichterlichen Beamten mit derselben Altersgrenze das Recht zugestanden, auch ohne den Nachweis der Invalidität mit Pension in den Ruhestand zu treten. Zum Wittwengesetz wurde folgende Resolution des Abgeordneten Schmidt (Stettin) mit allen gegen 1 Stimme angenommen: Die Staatsregierung zu ersuchen, sobald die Finanzlage dies erlaube, das Gesetz auch auf die Lehrer an den höheren Schulen auszudehnen, welche als mittelbare Beamte nicht von demselben berührt werden. (Letztere sind ins Pensionsgesetz eingeschlossen.) Eine vom Abg. Schmidt (Stettin) beantragte Resolution, auch die Kommunalbeamten ins Wittwengesetz aufzunehmen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ferner gelangte noch eine Resolution des Abgeordneten Vogdt zur Annahme betreffs der Hinterbliebenen von Beamten, welche im Dienste getödtet werden oder in Folge einer im Dienste erhaltenen Verwundung sterben.

Ausland.

Paris, 13. März. Der doppelte Sieg der Monarchisten bei den gestrigen fünf Stichwahlen zur Kammer verstimmt in republikanischen Kreisen sehr, welche die Schuld an diesem Resultate in der Zersplitterung und dem Mangel an Disziplin bei den republikanischen Wählern suchen. Die Konservativen sind über diesen unerwarteten Triumph sehr erfreut und erblicken darin die Symptome des Wiedererwachens des konservativ-monarchischen Geistes im Lande. Auf dem auswärtigen Amte wurden heute Konferenzen bezüglich der Reorganisation von Tunis zwischen Freycinet, Decrais, dem Direktor der politischen Abtheilung, Roustan und Cambon, dem neuen Ministerresidenten in Tunis, eröffnet. Einer der ersten Punkte ist die Regulirung der finanziellen Verhältnisse der Regentschaft wegen des dabei in Frage kommenden internationalen Interesses. Freycinet soll geneigt sein, England und Italien einen Platz in der neu zu organisirenden Kontrolle der tunesischen Finanzen einzuräumen. Er hofft durch Nachgeben in diesem Punkte leichter die sonstigen Schwierigkeiten, welche die französische Expedition nach Tunis bei den gedachten Ländern hervorgerufen hat, lösen zu können. Uebrigens lauten entgegengesetzt den abschwächenden offiziellen Noten die Privatnachrichten aus Tunis fortwährend beunruhigend und bestätigen die schon früher gegebenen Meldungen von neuen Erregungen der Aufständischen, wie von frischen Mordthaten und Plünderungen in verschiedenen Theilen der Regentschaft.

In der russischen Kapelle der Rue Daru fand heute Mittag ein Trauergottesdienst zur Erinnerung an das Attentat auf den Kaiser Alexander II. statt, dem das diplomatische Korps und viele Russen von Distinktion beiwohnten.

Petersburg, 10. März. Ganz außergewöhnlich ist folgender Vorfall, dessengleichen man in der bisherigen Geschichte der Administration vergebens suchen würde; nämlich der Gouverneur von Archangel, Baranow, hat hier in einer außerordentlich zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung einen Vortrag über die traurigen Zustände in dem seiner Verwaltung unterstellten Gouvernement gehalten. Es hat nicht, wie sonst üblich, der Regierung, sondern dem großen Publikum Bericht erstattet. Aehnliche offizielle Rapporte wurden sonst in den Regierungskanzleien eingescharrt, namentlich wenn sie ein so überaus trauriges Bild entrollten, wie jener Bericht über Archangel. Dieses Gouvernement ist an Flächeninhalt bedeutend größer als Deutschland, hat aber kaum den dreißigsten Theil der Bewohner desselben. Abgesehen von einigen Sumpfgegenden und von dem unkultivirten nordöstlichen Drittel des Gebietes ist der Boden durchaus anbaufähig, jedoch werden große Massen Mehl aus Norwegen bezogen. Nicht selten leidet sogar die inmitten ungeheurer unbebauter Flächen wohnende Bevölkerung durch Hungersnoth, denn die Landwirthschaft steht auf der denkbar niedrigsten Stufe. In Folge der bodenlosen Sorglosigkeit der Bauern ist der Viehstand im vorigen Jahre wegen Futtermangel fast gänzlich vernichtet und ist auch in diesem Jahr das Land von Hungersnoth bedroht. An der nordwestlichen Küste friert das gerade dort sehr fischreiche Meer niemals zu, allein aus Indolenz, Mangel an Unternehmungsgeist und namentlich in Folge des antediluvianischen Zustandes der maritimen Industrie verstehen die russischen Strandbewohner diesen großen Reichthum nicht selbstständig zu benutzen, wohingegen Ausländer, namentlich Norweger, an welche die russischen Fischer sich für geringen Lohn verdingen, denselben in ausgiebigstem Maße ausbeuten. Von der im vergangenen Jahre auf den Markt von Archangel gebrachten gesammten Fischmenge, die von dort nach dem Innern spedirt wird, hatten norwegische Unternehmer 73 pCt. geliefert! Diese, wenn sie nicht aus dem Munde eines gründlichen Kenners der Verhältnisse käme, beinah unglaubliche Mittheilung erregte das höchste Staunen der Zuhörer, freilich aber auch den größten Unwillen gegen die Ausländer, die an dem Untergange der dortigen Bevölkerung Schuld wären. Gewiß gab der Redner keine unbedenkliche Probe seiner Regierungsweisheit, als er sich nun dahin aussprach, die Regierung müsse den Ausländern den Handel in Archangel verbieten. Im Gouvernement giebt es sehr große Wälder, die an Mastenholz überreich sind. Bei Onega beutet eine englische Gesellschaft diese Wälder auf Grund eines Kontraktes aus, der im Jahre 1883 abläuft. Bei allem Haß gegen die Ausländer mußte Baranow jedoch gestehen, daß er der Regierung nicht rathen könne, den Kontrakt nicht zu erneuern, wenn sich nicht russische Kapitalisten zu dem einträglichen Unternehmen fänden, denn sonst wäre die dortige Bevölkerung, welche für die Engländer um kargen Lohn arbeitet, gänzlich ohne Subsistenzmittel und müsse geradezu verhungern.

Der Prozeß gegen die Armee-Intendanten Makschejew und Genossen, bei dessen Verhandlung die skandalösesten Unterschleife an den Tag kommen, ist noch nicht beendet, und bald wird ein neuer von noch größeren Dimensionen gegen eine früher gleichfalls sehr hochgestellte Spitzbubenbande beginnen, welche zur Zeit des Türkenkrieges die kolossalsten Betrügereien begangen hat. Ein Mitglied dieser sauberen Gesellschaft hat sich, wie die „Pet. Gas." erzählt, ein riesiges Haus im Werthe von 400,000 Rubel erbaut, das eine charakteristische Geschichte hat. Dieser Beamte leitete die Verwaltung eines ungeheuren Mehlmagazins in Bulgarien. Als endlich an ihn der Befehl erging, den Proviant an die Regimenter zu verabfolgen, meldete er in seinem Rapport an die Armeeleitung, daß die Ratten das Mehl aufgefressen hätten. Nun geht hier von Mund zu Mund das beißende Wort: jenes Haus haben die Ratten aufgebaut.

Petersburg, 11. März. Nun wäre also die doppelte Audienz des Generals Skobelew beim Zaren auch vorüber, nämlich zuerst die private und dann drei Tage später die befohlene offizielle. Ueber die erstere wurde kein lautes Wort vernommen, nichts wurde bekannt über den Inhalt der Unterredung, aber als nach zwanzig Minuten Skobelew

die kaiserlichen Appartements verließ, erschien er noch zuversichtlicher als vorher, und einen ihm persönlich und politisch feindlich gesinnten hohen Herrn, der gleich nach ihm zur Audienz erschien und ein bedeutendes Interesse daran hatte, etwaige Eindrücke der Beredtsamkeit des Generals rasch abzuschwächen, maß er mit einem bei Hofe unerhörten, beleidigenden Blicke voll stolzen Spottes und voll Verachtung, wobei er einige Worte murmelte. Er trat auf wie im Kriegszelt und befand sich bald nachher beim Banquet im Kreise einer Anzahl von Parteigenossen, die sein Debüt mit Spannung erwartet hatten und den durchschlagenden Erfolg wohl mit allem Grunde feierten, ohne sich diesmal noch erst mit Wasser zu versehen. Die zweite Audienz folgte, selbstverständlich für die Gesandten der Mächte zu offizieller Kenntnißnahme arrangirt und schon im Hinblick auf die erste nur eine bedeutungslose Farce; der Zar konnte nichts Anderes dabei thun, als was er durch Ignatiew schon hatte thun lassen; Letzterer sprach dem General als Privatmann wegen der Beunruhigung der innern Verhältnisse, der Börse und des Verkehrs, ein Tagelsvotum aus und lud ihn dann zum Diner im vertrauten Kreise; ganz so handelte der Zar selbst in Gatschina, mit Ausnahme des Diners, an Stelle dessen sich eine durch „Zufall" auch den Ohren Dritter zugänglich gewordene Privatunterhaltung anschloß. Der Eindruck, den diese machte, war der, daß der Zar sich wohl als grand Seigneur fühlt, daß aber in Rußland das Fatum über Allen steht und auch der Selbstherrscher sich in dessen Willen ergeben hat, daß er es verhindern möchte, mit dem deutschen Reich in Kollision zu kommen und daß er selbst schon während Skobelews Reisen diesen veranlaßt hat, seinen Reden in Bezug auf Deutschland die bekannte Abschwächung zu geben; daß er folglich die gesammten Ergüsse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt hat und sich mindestens zu dem vollen, auf Oesterreich Ungarn gerichteten Programm der Panslavisten bekennt. Er läßt die Partei, die offiziöse Regierung, die eigentliche des Landes, walten, weil er nicht anders kann, als wenigstens mit ihr Frieden halten, und wenn die Dinge wegen des Feuereifers momentan zu weit gehen, dann tritt seine eigene offizielle Regierung ein und redressirt mit Berichtigungen, soweit es die Solidarität der beiden Machtfaktoren eben erlaubt, ohne daß nachher an den Thatsachen etwas zu ändern ist. Ueber die gänzliche Unhaltbarkeit der jetzigen Verhältnisse sind Zar und Parteiführer im Klaren; darin und im Hasse gegen die heutige Gestaltung des europäischen Konzerts begegnen sie sich und nur darin divergiren sie, daß der Zar die Macht Deutschlands auch im Hinblick auf Frankreich weniger unterschätzt und daß er überhaupt nur in Rußland selbst und in Oesterreich dem Deutschthum wirklich abgeneigt ist. Jedesmal ist der Schlußrefrain seiner Worte, man solle nicht zu weit gehen, das Slaventhum sei wach genug, so daß Niemand eine Gewaltthat daran werde riskiren wollen und erst, wenn es aus sich selbst heraus in Oesterreich losbreche, sei für Rußland der Moment gekommen, seine Schutzrolle auszuüben. Das heißt mit anderen Worten, er läßt die Partei machen, ist ihr Mitglied als Privatmann, bleibt neutral als Monarch und überläßt es den Herrn Aksakow, Katkow und Pobedonoszeff, den Ausbruch des Slaventhums nach Möglichkeit zu fördern, schon weil — er muß und nichts dawider thun könnte. Anstatt einer Maßregelung sah sich Skobelew. in ein langes Gespräch über die Lage des Slaventhums gezogen, wobei man beiderseits von vorn herein darin einig war, daß es für Rußland eine Wohlthat sein werde, wenn ihm ein Aderlaß zu Theil würde, und wenn sich dazu ein anständiger Anlaß fände; dabei erscheint der Monarch selbst aber als eine interessante Partei, der an der Erhaltung der Herrschaft liegen muß und die sich quasi auf gleichen Fuß mit der anderen Partei stellt. Wie die Satrapen, selbst im Falle eines Sieges, ihren Darius behandeln werden, läßt sich aus der Geschichte lernen; daß es aber mit der Ausübung der absoluten Majestät ihnen gegenüber vorbei und daß die Macht jetzt schon thatsächlich zersplittert ist, muß Jedem einleuchten; wollte der Zar wieder einmal werden, was seine Vorfahren gewesen, so wäre es nur durch blutige Handstreiche à la Napoleon III. möglich und dann wäre er wieder von den Vollstreckern seiner Wünsche abhängig. (Trib.)

Rom, 8. März. Skobelews Brandreden, denen die hiesige Presse Anfangs recht wenig politische Bedeutung beilegte, scheinen nachwirken zu wollen. Die Zeitungen untersuchen in höchst ernsthaft gefaßten Artikeln die Eventualitäten eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland und der etwaigen deutsch-österreichischen und russisch-französischen Koalitionen. Man traut jedoch der deutschen Armee, ihrer vorzüglichen Organisation und oft erprobten Schlagfertigkeit, sowie dem strategischen Talent Moltke's genügend, um dem slavischen Bären wie dem gallischen Hahn von vorn herein eine — recht derbe Niederlage zu prophezeien, falls Beide sich wirklich gegen den Doppeladler erheben sollten. Für die russischen Patrioten muß es in der That kein angenehmes Gefühl sein, derartige Stimmen des unparteiischen Auslands über die Entscheidung eines möglichen Ernstfalles zu hören.

London, 11. März. Mac Lean wurde gestern gefesselt und unter sicherer Bedeckung aus dem Gefängnisse in Reading nach Windsor gebracht und hatte im dortigen Rathhause ein weiteres Verhör zu bestehen. Der Zudrang des Publikums zu der Verhandlung war enorm, und wohnten derselben u. A. auch Prinz Leopold und der Privatsekretär der Königin, General Sir Henry Ponsonby, bei. Die Staatsanwälte Polland und Stevenson leiteten die Anklage, während Mac Lean ohne Rechtsbeistand erschien. Nur die Familie des Verbrechers hatte einen Sachwalter mit der Ueberwachung der Verhandlung betraut. Die Verhandlung beschränkte sich auf die Vernehmung mehrerer Augenzeugen des Attentats, darunter mehrere königliche Diener, deren Aussagen der Angeklagte in keinem Falle anfocht. Als der Student des Eton-Kollege, Gordon Chency Wilson (ein Sohn des australischen Millionärs Sir Samuel Wilson) erzählte, wie er dem Angeklagten mit seinem Regenschirm einen Schlag auf den Kopf versetzt, überflog ein Lächeln die Züge Mac Lean's. Sonst verhielt er sich der Verhandlung gegenüber ziemlich theilnahmlos. Nachdem Mac Lean erklärte, daß er sich seine Vertheidigung vorbehalte, wurde er auf Antrag des Staatsanwalts unter der Anklage des Hochverraths vor die Assisen von Berkshire verwiesen. In später Abendstunde ward der Verbrecher nach dem Gefängniß in Reading zurückgebracht, um dort seinen Prozeß abzuwarten.

Provinzielles

Stettin, 15. März Die bereits früher erwähnte Anklage wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck beschäftigte in der gestrigen Sitzung die Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Als Angeklagte erschienen: Herr Dr. D o h r n und die Redakteure Herren Dr. W o l f f, Dr. W i e m a n n und L. M e y e r, die Anklagebehörde vertrat Herr Staatsanwalt M e r t e n s, während Herr Justizrath Dr. H o r w i tz aus Berlin als Vertheidiger sämmtlicher Angeklagten fungirte. — Am 14. Jan. v. J. hatte der liberale Wahlverein in Grabow ein allgemeine Wählerversammlung einberufen, in welcher Herr Dr. Dohrn über die wirthschaftliche Lage sprach. Neben anderen wirthschaftlichen Fragen beleuchtete derselbe auch die Stellung der Seestädte zu der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers und erwähnte schließlich eines Umschwungs in der Wirthschaftspolitik, der dem gegenwärtigen ähnelte und der sich im Jahre 1810 vollzogen, als der Fürst Hardenberg leitender Minister war. Zur Charakterisirung desselben verlas Redner einige Stellen aus dem Werke des Prof. v. T r e i t s ch k e. Am nächsten Tage brachten die „N. Stett. Ztg." und die „Ostsee-Ztg." ausführliche Referate über diese Versammlung und die Dohrn'sche Rede, welche auch in verschiedenen anderen deutschen Zeitungen Aufnahme fand. So hatte auch die „Frankf. Ztg." (Redakteur S o n n e m a n n) hinter einem höchst gehässigen Angriff auf Dr. Dohrn den Theil von dessen Rede veröffentlicht, welcher das Treitschke'sche Zitat enthielt und erfolgte deshalb eine Verurtheilung des Redakteurs dieses Blattes wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck. Auch gegen Herrn Dr. Dohrn und die Herren Dr. Wolff und Dr. Wiemann, als Chefredakteure der oben erwähnten Blätter, und gegen Herrn L. Meyer als Verfasser des Referats ging ein Strafantrag wegen Beleidigung des Reichskanzlers ein, die Strafkammer des hiesigen Landgerichts lehnte jedoch die Einleitung des Strafverfahrens ab. Auf eine deshalb von Seiten der königl. Staatsanwaltschaft erhobene Beschwerde wurde aber von dem Strafsenat des Ober-Landesgericht die Einleitung der Untersuchung verfügt. Als beleidigend wurden in der Rede zwei Punkte gefunden: die Auslassung über die Stellung der Seestädte zu der Wirthschafts-Politik und der dem Treitschke'schen Werke entnommene Theil der Rede. Das Referat für die „N. St. Ztg." hatte Herr Fischer v. Roeslerstamm, das für die „Ostsee-Ztg." Herr Meyer verfaßt, bei der Redigirung desselben war auch Herr Dr. Dohrn behülflich. Herr F. v. R. ist inzwischen von hier nach Oesterreich übersiedelt und mußte in Folge dessen gegen denselben das Verfahren eingestellt werden. In den Zeitungs-Referaten waren einzelne Stellen des Treitschke'schen Zitats durch gesperrte Schrift besonders auffallend gemacht und wurde dies den verantwortlichen Redakteuren der Zeitungen als erschwerend zur Last gelegt. — Bei der gestrigen Vernehmung erkärte Herr Dr. Dohrn, daß ihm eine beleidigende Absicht vollständig fern gelegen habe, es sei nicht seine Absicht gewesen, durch Heranziehung des Treitschke'schen Zitats eine Parallele zwischen den Persönlichkeiten des Fürsten Hardenberg und des Fürsten Bismarck zu ziehen, sondern nur eine Parallele zwischen den jetzigen wirthschaftlichen Zuständen und denen von 1810. — Ebenso bestreiten die übrigen Angeklagten, daß sie eine beleidigende Absicht gehabt hätten, die Herren Dr. Wolff und Dr Wiemann bestreiten auch, daß sie Anordnung gegeben haben, einzelne Stellen des Referats mit auffallender Schrift zu drucken, während Herr Redakteur Meyer zugiebt, in Gemeinschaft mit Herrn Dr. Dohrn das Referat verfaßt zu haben. Nachdem die inkriminirten Artikel aus der „Neuen Stett. Ztg.", der „Ostsee-Ztg." und der „Frankfurter Ztg." zur Beweisführung verlesen, hielt Herr Staatsanwalt Mertens die Anklage in allen Punkten aufrecht und beantragt gegen Dr Dohrn 4 Wochen, gegen Dr. Wolff und Dr. Wiemann je 14 Tage und gegen Red. Meyer 1 Woche Gefängniß. Herr Dr. Horwitz plaidirt in fast einstündiger Rede für Freisprechung sämmtlicher Angeklagten. Nach einstündiger Berathung erkannte der Gerichtshof, daß Dr. Dohrn und Meyer freizusprechen, dagegen die Redakteure Dr. Wolff und Dr. Wiemann zu je 150 Mark Geldstrafe event. 14 Tagen Gefängniß zu verurtheilen seien. Der Gerichtshof nahm an, daß weder in der Rede, noch in den Berichten über dieselbe eine Beleidigung zu finden sei, daß aber die Form, wie sich das Referat in den Zeitungen präsentirt, strafbar sei, da durch die gesperrte Schrift die Aufmerksamkeit des Lesers auf diese hervorgehobenen Stellen gelenkt wird und offenbar tritt dadurch die Parallele zwischen den beiden Staatsmännern in den Vordergrund und gewinnt es den Anschein, als ob dies der einzige Zweck sei. Da jedoch nicht erwiesen ist, daß die Angeklagten Dr Wiemann und Dr. Wolff Auftrag gegeben haben, daß die inkriminirten Stellen fett gedruckt werden sollen, ist anzunehmen, daß ihre Schuld mehr auf Fahrlässigkeit beruht und war deshalb nur auf Geldstrafe zu erkennen, jedoch war dem Reichskanzler die Befugniß zuzusprechen, den Tenor des Erkenntnisses nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheils in der „Ostsee-Ztg." und der „N. Stett. Ztg." zu publiziren.

— Um Personal-Verwechselungen vorzubeugen, theilen wir mit, daß die am Sonnabend Abend wegen Taschendiebstahls festgenommene Diebin Marie F a h r e n w a l d t geb. G r a d e heißt und in der K i r ch e n st r a ß e wohnt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute S t a d t t h e a t e r: „Der Mann im Monde." Posse 3 Akten.

Ein Zug seltener Herzensgüte verdient bekannt zu werden. Der Direktor des Residenz-Theaters in Berlin, Herr Kommissionsrath Emil Neumann übersandte nach dem Tode des Schauspielers B e c k m a n n der hinterbliebenen Wittwe sofort 400 M. zur Bestreitung der Beerdigungskosten. (Herr Beckmann heirathete vor $1^1/_2$ Jahren die vor 2 Jahren am hiesigen Bellevue-Theater engagirt gewesene ungarische Schauspielerin Frl. H l u ch a n.)

Vermischtes.

— Zu der Affaire Skobelew und ihren Konsequenzen giebt das Dejeuner, welches der russische Botschafter in Berlin am Sonnabend — am Geburtstage des Zaren — gab, noch einen ganz interessanten Zusatz. Herr von Saburow hatte das gesammte Offizier-Korps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments in sein Hotel geladen. Die Herren Offiziere waren sämmtlich erschienen und bei der dritten Schüssel etwa erhob sich der Herr Botschafter und brachte in russischer Sprache zuerst dem Zaren und wenige Minuten darauf dem Kaiser Wilhelm einen Toast. Kurze Zeit darauf bat der Kommandeur des Alexander-Regiments, dessen Chef der Zar ist, um die Erlaubniß, gleichfalls einen Trinkspruch bringen zu dürfen und ließ nun in warmen, herzlichen deutschen Worten den erlauchten Chef des Regiments leben; er wünschte dem Kaiser eine lange und starke Regierung und erbat von ihm, daß er die hohe Gunst, die sein heimgegangener kaiserlicher Vater dem preußischen Garderegiment so lange Jahre geschenkt habe, auch fürder dem Regiment in Gnaden erhalten möge! Dieser mit Jubel und lautem Hurrah des Offizierkorps begrüßte Toast, dessen echt soldatische Form lebhaft und begeisternd ansprach, machte eine glänzende Wirkung und es war unausbleiblich, daß die Vergleiche dieses Trinkspruchs mit anderen berüchtigten Reden dieser Tage frei und ungezwungen diskutirt wurden. — Man erzählt uns, daß diese Rede, sowie der Verlauf des ganzen Festes noch am Abend bis in die Details nach Petersburg telegraphirt wurden.

— Ueber ein Duell eigenthümlicher Art wird aus Großwardein berichtet. In letzterer Stadt ist nämlich jüngst zwischen zwei Lions der dortigen Gesellschaft ein Ehrenhandel entstanden, der nach deren Meinung nur im Wege eines Duells ausgetragen werden konnte. Die Sekundanten aber einigten sich in der folgendeu Art des Zweikampfes, welche auch die Duellanten als bindend anerkannten: In einen Becher werden zwei Kugeln gesteckt; wer die schwarze Kugel zieht, muß zwei Wochen hindurch unter Kontrolle der gegnerischen Sekundanten bei Wasser und Brod fasten. Der Duellant, der die schwarze Kugel gezogen hat, lebt nun streng nach der ihm durch die Sekundanten seines Gegners vorgeschriebenen Diät. Für einen Gourmand eine harte Strafe!

S ch w e r i n i. M. Zum hundertjährigen Jubiläum des Großh. Meckl. Grenadier-Regiments Nr. 89. Der Regiments-Kommandeur des Großh. Mecklbg. Grenadier-Regiments Nr. 89, Herr Oberst von Giese, macht bekannt, daß das Regiment am 26. Mai d. J. die Feier seines 100jährigen Bestehens begehen wird und ersucht dieserhalb alle Herren, welche dem Regiment, resp. dem ehemaligen Grenadier-Garde- und 2. Infanterie-Bataillon als Offiziere angehört haben, ihre Adressen bis spätestens zum 1. April d. J. an das Regiment gefälligst einsenden zu wollen.

— Eine sehr friedliche Art, ein Duell auszufechten, schlug einst Alexander Dumas vor. In den Dominoklub, dem er angehörte, kam er eines Abends über das ganze Gesicht lachend und rief mit seiner lärmenden Jovialität, welche die Verzweiflung all dieser ernsthaften Denker bildete, in den Saal hinein: „Mes enfants, ich habe eben X. getroffen." X. war ein sehr berühmter und sehr langweiliger dramatischer Autor, Mitglied des hochachtbaren Wachsfigurenkabinettes Akademie française. „Ja, den guten X. getroffen; er erzählt mir, sein Stück sei in der Comédie française wieder aufgeführt worden!" — „Nun, da ist er wohl zufrieden?" — „Im Gegentheil", sagt Dumas, „er beschwert sich, daß die Direktion das Stück immer gerade an den Abenden aufführt, wo Niemand im Theater ist." Man lachte und der Vorfall wurde weiter erzählt, bis er schließlich auch zu X., dem Opfer desselben, gelangte. Dieser aber fand den Scherz sehr beleidigend und schickte Dumas seine Zeugen. Dumas aber ließ ihm zurücksagen: „Blut dürfte um diesen Witz, den er bereits bedauere gemacht zu haben, nicht fließen, aber da ich ihm eine Genugthuung schulde, so schlage ich eine Partie Domino vor: 100 Points, ich setze eine Monatseinnahme meines Autorrechts gegen 10 Jahre des seinigen ein."

Telegraphische Depeschen.

Wien 14. März. Offiziell. Aus Ragusa den 13. wird gemeldet: Die Insurgenten griffen am 11. d. ein Jägerbataillon am Zagwosduk an, wurden aber zurückgeschlagen und verloren etwa 50 Mann, ihre Todten ließen sie auf dem Kampfplatz zurück. Der Verlust der Truppen betrug 1 Offizier und 2 Mann todt und 2 Mann verwundet. Am 11. d. griffen die Insurgenten auch die Truppen bei Percovac an, wurden aber gleichfalls mit Verlust zurückgeschlagen. Die Truppen hatten hier 5 Verwundete. Die Feldtelegraphenstation in Crkvice ist am 12. d. eröffnet worden.

Wien 14. März. Gestern fand in der russischen Kapelle anläßlich des Jahrestags des Todes des Kaisers Alexander II. ein Trauergottesdienst statt, welchem außer dem russischen Botschafter von Oubril und dem Botschaftspersonale der Oberstkämmerer Graf v. Crenneville, der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, der deutsche Botschafter, Prinz Reuß, und andere Vertreter des diplomatischen Korps beiwohnten.

Paris, 14. März. Das „Journal officiel" veröffentlicht die Ernennung Andrieux' zum Botschafter in Madrid.

Petersburg, 13. März. (B. T.) Für morgen, den Tag der offiziellen Thronbesteigung wird 1) die Begnadigung der zehn zum Tode verurtheilten Nihilisten, d. h. die Verwandlung der Todesstrafe in Zwangsarbeit, 2) die Bestätigung der „Landschaftsbanken für den bäuerlichen Kredit" und 3) die Aufhebung verschiedener in Polen seit der letzten Revolution beibehaltenen Zwangsmaßregeln als besonderer kaiserlicher Gnadenakt erwartet.

Konstantinopel, 14. März. Der russische Botschafter hat der Pforte gestern Abend eine Note zugestellt, in welcher es heißt: Am 13. März soll der Administrativrath ins Leben treten, welcher mit der Vertretung der Bondholders bei der Pforte und mit der Führung der denselben durch die abgeschlossene Konvention zuerkannten Einnahmen betraut ist. Die russischen Delegirten haben der türkischen Regierung beständig die Thatsache vor Augen gestellt, daß gewisse Artikel der erwähnten Konvention Bestimmungen enthalten, welche den vom Berliner Kongresse sanktionirten Grundsätzen widerstreiten und demgemäß die Interessen Rußlands schädigen. Die russische Regierung kann über diese offenbare Verletzung ihrer feierlich anerkannten Rechte nicht hinweggehen, es sei denn, daß ihre Interessen gewahrt werden. Andererseits hat die Pforte beständig Zusicherungen ertheilt, daß die russischen Interessen durch Zuweisung von eben so soliden Zahlungsgarantien für die Kriegsentschädigung gewahrt werden sollten, als den Bondholders gewährt wurden. Die russischen Delegirten bezweifeln nicht die Absicht der Pforte, den ihnen gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nachzukommen. In Anbetracht jedoch, daß die russischen Delegirten über die definitive Entscheidung in Betreff des Garantiepunktes noch im Unklaren sind, und noch gewisse andere Punkte geregelt werden müssen, andererseits in Erwägung des Umstandes, daß die Konstituirung des Administrativrathes der Bondholders bevorsteht, glauben die russischen Delegirten formell die Rechte ihrer Regierung wahren zu sollen rücksichtlich jener Einnahmen der Türkei, welche nicht früher als der Berliner Kongresse hypothezirt wurden und welche den Bondholders durch die mit denselben abgeschlossene Konvention zugewiesen erscheinen. Gleichzeitig behalten sie sich vor, diese Erklärung den betheiligten Parteien übermitteln zu lassen.

London, 13. März. Oberhaus. Lamington lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Borneo-Gesellschaft. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Granville, erklärte, die holländische Regierung schien jüngst beunruhigt, sei jedoch durch die inzwischen erfolgten Mittheilungen befriedigt. England übe keine militärische Suprematie in Borneo aus. Die der Gesellschaft unter der Form eines Freibriefes gewährten Privilegien überstiegen nicht diejenigen, die sie bereits vor dem Freibriefe gehabt habe. Was Spanien angehe, so erkenne es das Geschehene als eine vollendete Thatsache an; die weiteren Verhandlungen mit Spanien würden zu dem Ergebnisse führen, daß England die Souveränität Spaniens über dessen bisherige Besitzungen im Archipelagus anerkennen und Spanien seine Ansprüche auf Borneo ganz zurückziehen werde. Der Gegenstand war damit erledigt.

London, 14. März. In einer Extrabeilage der amtlichen „Gazette" wird ein Schreiben der Königin an den Staatssekretär des Innern, Harcourt, veröffentlicht, worin die Königin für die Loyalität und Zuneigung, die ihr das englische Volk in allen Theilen des Reichs bei Gelegenheit des Attentates vom 2. d. M. entgegen gebracht habe, sowie für die allgemeinen, ihr von den auswärtigen Souveränen und Nationen zu erkennen gegebenen Sympathien ihren tiefsten und wärmsten Dank ausspricht und unter Dank für den ihr von der göttlichen Vorsehung gewährten Schutz versichert, daß sie ihre Bemühungen für die Ehre des Vaterlandes und für das Glück des Volkes bis zur letzten Lebensstunde fortsetzen werde.

Cairo, 13. März. Der von den General-Kontroleuren erstattete Jahresbericht konstatirt eine fortschreitende Besserung der Finanzlage Egyptens während der letzten beiden Jahre, lehnt es aber ab, eine Ansicht darüber auszusprechen, welche Folgen das gegenwärtige Regierungssystem eventuell haben könnte, oder bis zu welchem Punkte dieses Regierungssystem diejenigen Garantien verletze, welche zugestanden wurden, um die Gläubiger Egyptens für die ihnen durch das Liquidationsgesetz auferlegten Opfer zu entschädigen.